

„... der letzte aufrechte Demokrat der Weimarer Republik!“

Straßenumbenennungen in der Hansestadt Lübeck

Seit geraumer Zeit gibt es auch in Schleswig-Holstein vielerorts die Diskussionen um die fragwürdigen Ehrungen von Personen, die mehr oder weniger antisemitische und nationalistische Positionen vertreten hatten. Zentrale Figur in dieser Diskussion war und ist die Person des letzten Reichspräsidenten Paul von Hindenburg.¹

Nils Hinrichsen Aufsatz „*Vom Mythos zur Markenzeichen*“. *Hitlers Steigbügelhalter Hindenburg als Namenspatron für Orte in Schleswig-Holstein*² hat diese Diskussion bereits früher an dieser Stelle ausführlich erörtert. Eingehender thematisierte er dabei vor allem den Hindenburgdamm nach Sylt sowie das Hindenburgufer in Kiel, das nach langem Ringen in der Landeshauptstadt letztlich in Kiellinie umbenannt wurde.

In einem speziellen Forum zum Phänomen von Straßenumbenennungen in Heft 55 der *Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte* wurden diesbezügliche Aktivitäten in Brunsbüttel, Heide, Itzehoe, Marne, Meldorf, Quickborn und Schleswig thematisiert.³

In Lübeck zog sich die Streitsache Straßennamen über sechs Jahre hin, und erst 86 Jahre nach der Umbenennung durch die Nationalsozialisten erhielt der Hindenburgplatz seinen ursprünglichen Namen zurück.

Einen Tag nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 wurden in Lübeck die Senatoren der SPD und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) zum Rücktritt gezwungen. Der neue nationalsozialistische Senat verfügte bereits am 17. März die Umbenennung von vier Straßen und Plätzen. An erster Stelle stand der Republikplatz, der jetzt den Namen Hindenburgplatz erhielt. Der Straßename sollte künftig statt an die erste deutsche Demokratie in Deutschland an Hindenburg als den „ruhmgekrönten Generalfeldmarschall des Krieges“ erinnern, aber auch an sein Mitwirken an der „Befreiung des deutschen Volkes von marxistischer Herrschaft, von dem roten Terror“, wie es in der Begründung hieß.

Umbenannt wurden zu diesem Zeitpunkt außerdem der heutige Mühlentorplatz in Adolf-Hitler-

1. Matthias Frese (Hg.), *Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur*. Münster 2012, hier besonders: Hans-Ulrich Thamer, *Straßennamen in der öffentlichen Diskussion: Der Fall Hindenburg*, S. 251-265.

2. ISHZ 30 (Kiel) Winter 2008. S. 320-338.

3. ISHZ 55 (Kiel) Winter 2014. S. 135-183.

Platz, der Friedrich-Ebert-Platz (Lindenplatz) in Danziger Freiheit und die Rathenaustraße in Bürgermeister-Neumann-Straße, benannt nach dem am Kapp-Putsch beteiligten Lübecker Andreas Neumann. Die Erinnerung an die herausragenden Politiker der Weimarer Republik sollte ausgelöscht werden.

Am 19. März 1933 begann bei der alten Kaserne in der Fackenburg-Allee ein Umzug zu allen Straßen und Plätzen, die von den Nazis umbenannt werden sollten. „Angeführt wurde der Umzug von Lübecker NSDAP-Größen“, heißt es in einem Bericht der Stadtverwaltung, „hinter ihnen folgten die Polizei, die SS, die SA, die Zollbeamten, die Kriegervereine und andere vaterländischen Verbände und der Stahlhelm.“

Nach dem Krieg wurde, trotz dringlicher Empfehlung durch die Britische Besatzungsmacht, von einer Rückbenennung des Hindenburgplatzes abgesehen. Über Jahrzehnte hatte sich niemand daran gestoßen.

In Lübeck brachte 2012 der ehemalige Grünen-Abgeordnete in der Lübecker Bürgerschaft, Karl-Heinz Haase, die Diskussion ins Rollen.⁴ Kurz zuvor hatte es im Rahmen einer Umbenennung des Qandtplatzes in Wilhelm Krohn Platz, einem Opfer der NS Zeit



Foto: Christian Rathmer/Axiens

Hindenburg – vom Straßenschuld getilg

in Schlutup eine heftige Debatte gegeben.⁵

Es gründete sich ein überparteilicher Arbeitskreis mit Vertretern der in der Lübecker Bürgerschaft vertretenen Parteien, dem Leiter des Archivs, Dr. Jan Lokers, sowie einem unabhängigen Historiker, Dr. Jan Zimmermann. Letztere legen dem Gremium nach einem halben Jahr eine Expertise vor, die eine eindringliche Empfehlung aussprach, zahlreiche Straßen umzubenennen.⁶

4. Lübecker Nachrichten 15.12.2012. S. 9.

5. Wilhelm-Krohn-Platz: Schlutupper fordern einen anderen Namen. In: Lübecker Nachrichten 20.1.2012; auch in: ISHZ 54 (Kiel) Winter 2013. S. 160-161.

Streitsache Straßennamen: Zum schwierigen Verhältnis von Ehrungen und Erinnerung

Hansestadt LÜBECK

Straßenbezeichnungen nach Personen sind zum Zeitpunkt der Benennung immer eine Form der Ehrung bzw. der Erinnerung durch die Bürger. Die Ehrung wird in der Regel an besondere „große“ Leistungen des Gelebten geknüpft oder man bewundert die Person vor allem in Form als Vorbild. Dabei, warum man auf und von historischen Personen Bewusstsein einer Gesellschaft unterrichten

Wie in mehr oder weniger Städten in Deutschland gibt und gibt es auch in Lübeck eine Debatte über „Lebende“ Straßennamen. Im Auftrag der Bürgerschaft hat seit 2013/2014 ein Arbeitskreis von Politikern hier versucht, ob deren Namensgebungen „aus heutiger historischer Sicht“ überhaupt anders als zum Benennungszeitpunkt bewertet werden können. In diese Debatte wurde die Öffentlichkeit ebenso wie die Bewohner der diskutierten Straßen eingebunden.

Nach längerer Diskussion hat der interfraktionelle Arbeitskreis der Bürgerschaft 14 nach Personen benannte Straßen erstrahlt, die aus unterschiedlichen Gründen auch heutiger „Sicht als „belastet“ gelten. Diese „Belastung“ ergibt sich aus Bezügen zum Nationalsozialismus, Kolonialismus oder Militarismus. Bei den 14 als „kritisch“ ermittelten Straßennamen handelt es sich um Benennungen aus der Zeit nach 1917, zwei hatten ihren Namen im wilhelminischen Kaiserreich erhalten, sieben im Dritten Reich und fünf nach 1945.

Im Januar 2019 hat die Bürgerschaft auf der Basis der Diskussion im Arbeitskreis die Umbenennung von drei Straßen in Lübeck beschlossen: Hindenburgplatz, Pflanzstraße, Landweg.

Entstehung des Hindenburgplatzes

Die Verbindung der Travemünder Allee (damals „Jaselskörfer Allee“) mit dem Stadtpark entstand 1898 als Kaiser-Friedrich-Platz, benannt nach dem 1888 verstorbenen deutschen Kaiser Friedrich III.

Nach der Eröffnung von Reichspräsidenten Walter Rathenau (1922) durch rechtsradikale Gegner der Weimarer Republik bewohnte die Lübecker Bürgerschaft als demokratische Gasse die Umbenennung in Republikplatz.

Der Republikplatz wurde 1933 nach Reichspräsident Paul von Hindenburg benannt.



Blatt Kaiser-Friedrich-Platz (1898-1922) und Republikplatz (1922-39), spätem Hindenburgplatz. Ausschnitte aus Stadtatlas von 1910 und 1930 (Gemeining- der Zitronemann)

Paul von Hindenburg (1847–1934)

Aufgrund militärischer Erfolge zu Beginn des Ersten Weltkriegs genoss Paul von Hindenburg hohes Ansehen und Autorität („Hindenburg-Mythos“). Als Generalleutnant bestammte er seit 1916 zusammen mit Generalmajor Erich Ludendorff entscheidend die Kriegspolitik des Deutschen Reiches. Noch vor dem Ende des Weltkrieges war Hindenburg maßgeblich an der Entstehung und Verheerung der „Dolchstoßlegende“ beteiligt, nach der das deutsche Scheitern der fehlenden politischen und gesellschaftlichen Unterstützung an der Niederlage bewies und fälschlich von der militärischen auf die zivile Führung ab 1926 wurde er als Nachfolger des

verstorbenen Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten gewählt und blieb bis zu seinem Tod das deutsche Staatsoberhaupt. Obwohl demokratisch gewählt, schaffte er es in der Krise der Weimarer Republik seine Kämpfer zum Verhängnis der Weimarer Republik zu machen und setzte auf ein autoritäres Präsidialsystem. Mit den Nationalisten der Weimarer Republik am Parlament vorbeigehend, Hindenburg erzwang Adolf Hitler am 30. Januar 1933 seine Ernennung zum Reichkanzler und aus eigenem Entschluss zum Reichsarzt. Den ergründeten Terror der Nationalsozialisten gegen politische Gegner ließ er gewähren und unterstützte am 28. Februar 1933 die Reichstagsbrandverordnung, die sämtliche bürgerlichen Grundrechte außer Kraft setzte. Er ließ damit dem Hitler-Regime freie Hand bei der Ausschöpfung der Weimarer Demokratie.

Umbenennung des Republikplatzes 1933 in Hindenburgplatz

Einen Tag nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 wurden in Lübeck die Senatoren der SPD und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) zum Rücktritt gezwungen. Der neue nationalsozialistische Senat verfügte bereits am 17. März die Umbenennung von vier Straßen und Plätzen in Lübeck. An erster Stelle stand der Republikplatz, der jetzt den Namen Hindenburgplatz erhielt. Der „Straßenname“ an Hindenburg als den „zünftigen Generalleutnant des Krieges“ erinnern, aber auch an sein Mitwirken an der „Befreiung“ des deutschen Volkes von marxistischer Herrschaft, von dem toten „Terror“, was es in der Begründung heißt. Umbenannt wurden außerdem der heutige Mühlentempelplatz in Adolph-Hiller-Platz, der Friedrich-Ebert-Platz (Lindenzplatz) in Danziger Straße und die Rathausstraße in Bürgermeister-Neumann-Straße.

© Hansestadt Lübeck
Weiterführende Informationen finden Sie auf der städtischen Internetseite



Foto: Christian Rathmer/Akensis

Infotafel am Republikplatz zur langwierigen Auseinandersetzung um die Rückbenennung

Der endgültige Abschlussbericht dieser Kommission ließ keine Fragen offen: 13 Straßennamen waren als belastet anzusehen.⁷

Es folgte jedoch eine schier unendliche Zahl von Arbeitstreffen und Beratungsrunden, die allesamt zu keinem Ergebnis führten. Es fand sich in der Lübecker Bürgerschaft einfach keine Mehrheit für eine Umbenennung. Vielmehr gab es erbitterte und hitzig geführte Debatten, die darin gipfelten, das der stellvertretende Stadtpräsident Hindenburg gar

als den „letzten aufrechten Demokraten“ bezeichnete!⁸

Noch 2017 begründete Marcel Niewöhner für die Fraktionsgemeinschaft der Bürger für Lübeck: „Es gab zu den jeweiligen Zeitpunkten eine demokratisch gewählte Bürgerschaft, die ihre Entscheidung getroffen hat. Dies sollte man respektieren.“⁹

Immer wieder war die Frage nach den Straßenumbenennungen auch Thema in der Presse, unzählige Leserbriefe wurden abgedruckt, vornehmlich mit ab-

6. Lübecker Nachrichten 8.11.2013.

7. Bericht „Ehrenbürgerschaften und Straßennamen in der Hansestadt Lübeck“ vom 9.3.2015, Bürgerschaftsauftrag 1.415/5.660

8. „Hitzige Debatten in der Bürgerschaftssitzung“. In: Wochenspiegel 4.2. 2013.

9. Lübecker Stadtzeitung 10.1.2017. S. 4: Aus dem Rathaus.

lehnender Haltung. Eine selten sachliche Stimme in der Debatte war der Beitrag von Kay Dohnke zum 27. Januar 2013.¹⁰

Nach einer quälend langen, mehrfach unterbrochenen jahrelangen Debatte hat sich die Bürgerschaft der Hansestadt nach über sechs Jahren am Ende schließlich doch noch für die Umbenennung von zumindest drei Straßen und Plätzen entschieden. Die Pfitzerstraße und der Lenardweg sollten neue Namen erhalten. Der Vorschlag Republikplatz für den Hindenburgplatz fiel dabei durch.¹¹

Im Bauausschuss gab es dann eine überraschende Wende; zum 100 Jahrestag der Ausrufung der Weimarer Republik entschied man, den Hindenburgplatz doch wieder in Republikplatz umzubenennen. Dies wurde dann ohne Diskussion einstimmig beschlossen. Und es folgten auch keine kritischen Leserbriefe mehr in der örtlichen Presse. Das Kapitel war für die Lübecker Politik und Öffentlichkeit abgeschlossen.¹²

Heute dokumentiert ein Hinweischild in den Grünanlagen am Republikplatz den langwierigen Prozess.¹³ *Christian Rathmer*

Vandalismus an einer Gedenktafel

Pressemitteilung des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes vom 15. Juli 2019

Die Chaussee Altona-Kiel wurde als erste Kunststraße in Schleswig-Holstein in den Jahren 1830/32 erbaut und ist ein geschichtlich bedeutendes Zeugnis des Straßenbaus. Die Chaussee birgt jedoch ebenfalls ein dunkles Kapitel der deutschen Geschichte. Sie ist Schauplatz des sogenannten „Todesmarsches“.

Wenige Tage vor Ende des 2. Weltkrieges wurden ca. 800 Gefangene von der SS mit vorgehal-

tener Maschinenpistole auf Befehl der Hamburger Polizei aus dem Gefängniscomplex Fuhrsbüttel ins „Arbeitserziehungslager Nordmark“ nach Kiel getrieben.

Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund hat sich vorgenommen, gemeinsam mit Kommunen, Archiven und Schulen, Gedenktafeln an den Orten aufzustellen, an denen Marschteilnehmer ermordet wurden. Nach der Aufstellung von Tafeln in Bad Bramstedt,

10. „Wer wird da eigentlich geehrt?“ Interview mit Kay Dohnke. In: Lübecker Nachrichten 27.1.2013.

11. Lübecker Nachrichten 1.2.2019.

12. Lübecker Nachrichten 14.8.2019.

13. www.luebeck.de/de/stadtleben/kultur/stadtarchiv/streitsache-strassenamen/hindenburgplatz.html



Foto: SHHB

Durch aufgesprühte Farbe entsteht: Gedenktafel für den ermordeten Josef Tichy

Neumünster-Einfeld, Neumünster-Wittorferfeld und Kaltenkirchen wurde am 13 Juni 2019 in Kisdorf-Feld eine Gedenktafel für den Ermordeten Josef Tichy errichtet.

Bereits in der vergangenen Woche wurde diese Gedenktafel von Unbekannten mit Farbe beschmiert. Die Tafel konnte jedoch ohne Rückstände wieder gereinigt werden. Leider kam es am vergangenen Wochenende erneut zu Vandalismus an dieser Stelle. Das Portrait von Tichy wurde gestohlen, zudem wurden die Metallträger unter Gewalt verbogen, so dass das Schild nicht mehr gerade steht.

Eine Anzeige wurde bereits bei

der Polizei gestellt. Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund, die Biografien-Arbeitsgruppe Todesmarsch Hamburg-Kiel 1945 und die Gemeinde Kisdorf bedauern diesen Vandalismus sehr und sind entsetzt über diese Taten.

Schleswig-Holsteinischer Heimatbund

Biographien-Arbeitsgruppe Todesmarsch Hamburg-Kiel 1945, Arbeitsgruppe „Josef Tichy“: Thomas Käpernick, Frauke Greuel, Fred Zimmak, Hans Ellger, Klaus Huber, Hans-Jürgen u. Marlene Hroch (Archiv des Amtes Kisdorf), Schule Kisdorf, Kirchengemeinde Kisdorf

Erinnern an Herbert Klein

Erster Stolperstein für einen Deserteur am Höltigbaum in Hamburg-Rahlstedt verlegt

Auf den Schießständen des früheren Übungsplatzes der Deutschen Wehrmacht am Höltigbaum wurden, beginnend mit dem Jahr 1940, mindestens 330 Wehrmachtangehörige, aber auch Kriegsgefangene hingerichtet. Einer von ihnen war der Soldat Herbert Klein, der dort am 10. März 1945 – wenige Wochen vor Kriegsende – erschossen wurde. An ihn wird jetzt mit einem Stolperstein erinnert.

Der Stolperstein soll einen Anstoß geben, um den Gedenkort am ehemaligen Schießplatz der

Deutschen Wehrmacht am Höltigbaum aus seinem gegenwärtigen Schattendasein am Rande Hamburgs nahe der Landesgrenze zu Schleswig-Holstein stärker in das öffentliche Blickfeld zu rücken. Er soll dazu anregen, weitere Stolpersteine zu setzen. Stolpersteine, mit denen die Opfer aus ihrer Anonymität heraustreten und die Erinnerung an sie wachhalten.

Zur Enthüllung des ersten Stolpersteines und zur Erinnerung an den dort ermordeten Soldaten Herbert Klein hatte der Kultur-



Foto: Redaktion ISHZ

Stolpersteinverlegung für Herbert Klein am Hölftigbaum, 26. September 2019

verein Rahlstedt e.V. für den 26. September 2019 zum Gedenkort eingeladen.

26 Personen waren zu der kleinen Gedenkfeier gekommen. Unter ihnen Prof. Detlef Garbe, KZ-Gedenkstätte Neuengamme, die Historikerin Claudia Bade, Gerhard Fuchs, ehemalige Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Wandsbek, und der Vorsitzende der Bezirksversammlung Wandsbek Peter Pape sowie Aktive der im „Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal“ zusammengeschlossenen Initiativen.

Helmut Stuarng aus Rahlstedt umrahmte die kleine Gedenkfeier mit seinem meditativen Violinspiel.

Der Initiator des ersten Stolpersteines am Ort der damaligen Verbrechen, Hans-Joachim Klier, ehemaliger Vorsitzender der Bezirksversammlung Wandsbek, dankte zu Beginn seiner Ansprache der 1. Vorsitzenden des Kulturvereins Rahlstedt, Frau Carmen Hansch, für das vorbildliche Engagement des Kulturvereins gegen das Vergessen der Geschehnisse am Hölftigbaum und die Unterstützung, dem Gedenkort wieder mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Stolpersteine – so Klier – zeigen den Menschen. Ein Name ist mehr als eine Zahl. Die menschliche Seite im Leben von Herbert Klein, der sich nicht in die von

den Nationalsozialisten und ihren Kriegstreibern eingeforderte „Manneszucht“ einfinden konnte und wollte, stand auch im Mittelpunkt seiner Worte über dessen Schicksal.

Herbert Klein wurde am 8. Februar 1922 in Hamburg geboren. Er wuchs ohne Vater auf. Er hatte kein einfaches Leben. Er war 17 Jahre alt, als der Zweite Weltkrieg begann. Zwei Jahre später, am 3. Dezember 1941, wurde Klein Soldat. Das Ende des Kriegs erlebte er nicht. Der gerade 23-jährige Füsilier, der nach zweimaliger Verwundung an der Ostfront zu einer Genesungskompanie nach Neumünster versetzt worden war, kehrte im letzten Kriegswinter nach Ablauf eines Urlaubs in Hamburg nicht mehr zu seiner Einheit zurück.

Im Dezember 1944 geriet er in die Fänge einer Feldstreife. Er wurde in das Wehrmachtsuntersuchungsgefängnis in Altona eingeliefert, und nur kurze Zeit später stand er vor seinem gnadenlosen Richter. Für das Gericht war er ein unverbesserlicher Wiederholungstäter, der in den Monaten zuvor bereits zweimal unerlaubt für wenige Tage lieber bei seiner Freundin in Hamburg war als bei seiner Einheit in der Kaserne von Neumünster. Das Gericht der Division Nr. 490 in Neumünster verurteilte Herbert Klein am 30. Januar 1945 „wegen Fahnenflucht“ zum Tode.

Eine Begnadigung lehnt der Kommandeur und zugleich Gerichtsherr der Division in Neumünster, Generalmajor Ernst Wisselink, ab. Für ihn und zuvor unisono für alle anderen Verfahrensbeteiligten war Herbert Klein „eine asozial eingestellte Persönlichkeit, deren Erziehbarkeit zu einem ordentlichen Menschen und Soldaten nach seinem Vorleben aussichtslos erscheint.“

Nachdem ein Gnadengesuch abgelehnt worden war, konnte die Mutter ihren Sohn im Altonaer Wehrmachtsuntersuchungsgefängnis besuchen und von ihm Abschied nehmen.

Am Vormittag des 10. März 1945 stand Herbert Klein zusammen mit drei weiteren Soldaten und Leidensgenossen vor dem Erschießungskommando unter Leitung des Korvettenkapitäns Mauer. Das ausgefertigte Protokoll dokumentiert den Befehl „Feuer“ für 10 Uhr 15. Die Särge für die Ermordeten standen bereit.

Agnes Klein, die Mutter von Herbert, wurde am 21. März 1945 über die Vollstreckung der Todesstrafe an ihrem Sohn informiert. Todesanzeigen oder Nachrufe in Zeitungen wurden ihr ausdrücklich verboten.

Herbert Klein, so führte Klier zum Abschluss seiner Worte mit Hinweis auf die überlieferte Prozessakte aus, war zweifelsohne kein Held und auch kein Widerstandskämpfer mit politischen

Wahrmachtkommandantur
H a m b u r g

Hamburg, den 10a März 1945

R. H. K. 85745

45

Gegenwärtig:

Überstabsrichter *S u h r*
Heeresjustizinspektor *D r e w e s.*

W i e d e r s c h r i f t

In der Strafsache gegen den *L. P. Klein*
wegen *Schwarzhandel* begaben sich die
Unterzeichneten heute, den 10. März 1945, in das Wehrmachtunter-
suchungslager Hamburg-Altona, und suchten den Verurteilten auf.

Dem Verurteilten wurde am *8.* Ihr mitgeteilt,

- 1.) daß das gegen ihn am *7. 1. 45* von dem Gericht der Wehr-
machtkommandantur Hamburg erkannte Urteil am *1. 1. 45* durch
den Oberbefehlshaber des Ersatzheeres bestätigt worden ist,
- 2.) daß der Vollzug des Urteils verfügt ist,
- 3.) daß der Vollzug des Urteils heute, den 10. März 1945
um *12.* Ihr stattfinden wird.

Der Verurteilte stellte *Klein* Anträge.

Suhr
Überstabsrichter.

Drewes
Heeresjustizinspektor.

R. H. L. 85745 Niederschrift

44

über den Vollzug der Todesstrafe an dem

Herbert Klein

Anwesend waren:

1. Korvettenkap. Maurer, WBK. 4 bis 6
~~Major Seiffarth, WMA 4~~ als leitender Offizier :
2. Oberstabsrichter Suhr als richterlicher
Militärjustizbeamter
3. *Schwartz, H. Klamm* als Sanitätsoffizier ;
4. H. J. J. Drewes als Urkundsbeamter,
5. *Klarer, Roager* als Geistlicher

~~Keiner war ein Zug des (des)~~

~~aussetzen.~~

Der Verurteilte stand um 10¹² Uhr auf dem Richtplatz

Die angetretene Einheit stand auf Kommando mit
"Gewehr" über" still.

Der richterliche Militärjustizbeamte las dem Verurteilten die Urteilsformel und die Bestätigungsverfügung vor; er fragte ihn, ob er noch etwas zu erklären habe. Der Verurteilte erklärte: *nein*.

Der Geistliche erhielt letztmalig Gelegenheit zum
Zuspruch. Das Vollzugskommando von 10 Mann war 5 Schritte
vor dem Verurteilten aufgestellt.

Das Kommando "Feuer" erfolgte um 10¹⁵ Uhr.

Der Verurteilte starb *keiner*.

Der Sanitätsoffizier stellte den Tod um 10¹⁷ Uhr fest

Die Leiche wurde *dem Rep. Zug. Abg. E. zugeführt*.

Bestattungsinstitut

Der Sanitätsoffizier überreichte anliegende Todes-
bescheinigung

Suhr
Oberstabsrichter

Drewes
Heeresjustizinspektor
als Urkundsbeamter der Geschäfts-
stelle

oder moralischen Motiven für sein Handeln.

Sein Handeln war dennoch mutig, auch wenn die Annahme zulässig ist, dass er die Tragweite seines Handelns und die schrecklichen Folgen nicht übersah. Ihm sei durch die Wehrmachtsjustiz schwerstes Unrecht angetan worden.

Am Vormittag des 10. März 1945, ein Sonnabend, sind Todesurteile gegen insgesamt 7 Soldaten vollstreckt worden. Das erste Vollstreckungskommando unter Korvettenkapitän Mauer war um 10.00 Uhr befohlen. Er befahl die Erschießung von

Herbert Klein

Wilhelm Weissenborn

Jahrgang 1915

Kaiarbeiter

Kanonier

Fahnenflucht – Urteile des Gerichts der Division Nr. 190, Zweigstelle Hamburg vom 19.12.1944

Walter Benecke

1901 in Hamburg geboren

Fruchtpacker

Kraftfahrer

Fahnenflucht

Urteile dito Gericht Nr. 190 vom 14.12.1944

Jakob Molodid

1908 in Kiew geboren

Landwirt

Hilfswilliger der Wehrmacht (aus der Ukraine)

Das zweite Vollstreckungskommando war um 11.00 Uhr befohlen und unter dem Kommando von Major Seifert angetreten. Er befahl die anschließende Erschießung von drei weiteren Soldaten:

Fritz Freitag

1919 in Stettin geboren

Seemann

Grenadier

Fahnenflucht

Gerichtsurteil dito Nr. 490, Hamburg am 20.1.1945

Otto Grüning

1920 in Lodz in Polen geboren

Schlosser

Grenadier

Willi Krüger

geb. 1925

Beifahrer

Schütze

Fahnenflucht

Gericht der Division Nr. 190

Die Namen der Erschossenen der beiden Vollstreckungskommandos sind aus den Dokumenten der überlieferten Prozessakte von Herbert Klein belegt. Die zu ihnen bekannten persönlichen Daten sind dem Verzeichnis der namentlich bekannten kriegsgerichtlich zwischen 1940 und 1945 in Hamburg Hingerichteten entnommen.¹

Redaktion ISHZ

1. Claudia Bade / Detlef Garbe / Magnus Koch (Hg.), „Rücksichten auf den Einzelnen haben zurückzutreten“. Hamburg und die Wehrmachtsjustiz im Zweiten Weltkrieg. Hamburg: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg und KZ-Gedenkstätte Neuengamme 2019.

Rückkehr eines bedeutenden Dokumentes

Das originale Lagerschreiberbuch des KZ-Außenlagers Kaltenkirchen-Springhirsch ist wieder aufgetaucht

Die Überraschung kam ganz unspektakulär mit der Post: Im September 2019 traf in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme ein unscheinbares Päckchen ein, abgeschickt vom „Muzeum Tradycji Niepodległościowych“ in Lodz. Bei dem Inhalt handelte es sich um einen „besonders kostbaren Schatz“¹ – so jedenfalls charakterisierte Gerhard Hoch bereits 1979 das im der Sendung enthaltene Dokument, nämlich das Lagerschreiberbuch des KZ-Außenlagers Springhirsch bei Kaltenkirchen, das bislang nur in einer Kopie von dürftiger Qualität überliefert war.

Und nun lag es – zusammen mit Fotos vom Stammlager Neuengamme – plötzlich als Original auf dem Tisch. Das Lagerschreiberbuch enthält 663 Namen von Häftlingen des Außenlagers. Heimlich geführt hatte es der KZ-Häftling und Lagerschreiber, Sergiusz Jaskiewicz,

Leider hat Jaskiewicz nur Nachname und Häftlingsnummer notiert. Dies ist bedauerlich, denn viele Häftlingsnamen sind nur in dieser Liste überliefert. In einer zusätzlichen Liste hat er besonders wichtige Angaben extra notiert. Es sind die Namen von

147 Toten, bei denen Jaskiewicz nach Möglichkeit auch Nationalität und Todesursache verzeichnet hat. Diese Namen trug er in ein unscheinbares Schreibheft ein.



Foto: KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Äußerlich unscheinbar: Das originale Lagerschreiberbuch des KZ-Außenlagers Springhirsch

Wie entstand dieses Dokument? Der polnische Häftling Jaskiewicz hatte bereits mehr als vier Jahre im KZ überlebt und

1. Gerhard Hoch, Hauptort der Verbannung. Das KZ-Außenkommando Kaltenkirchen. Bad Segeberg 1979, S. 35.

war durch seine Kontakte zu deutschen Häftlingen des Lagerwiderstandes des KZ Neuengamme gut vernetzt. Er hatte die lebensbedrohliche Zeit in der Strafkompagnie des KZ Neuengamme überstanden und war Mitte 1944 im Außenlager Kaltenkirchen zum Lagerschreiber ernannt worden. Gerhard Hoch hat die Entstehung des Lagerschreiberbuches, wie sie ihm Sergiusz Jaskiewicz berichtete, so zusammengefasst:

„Um Weihnachten und Neujahr 1945 beauftragte der Kommandant (Otto Freyer) den Lagerältesten (Johannes Wehres), die in der Kommandantur recht nachlässig geführte Lagerkartei ins Reine zu schreiben. (...) Jaskiewicz ließ es sich nicht nehmen, in aller Stille eine zweite Kopie von der Kartei anzufertigen auf Zetteln eines kleinen Notizbuches. Diesen Grundstock versuchte er bis zur Evakuierung des Lagers auf dem laufenden zu halten.“²

Sergiusz Jaskiewicz nahm schon kurz nach seiner Rückkehr in seine Heimatstadt Lodz den Kontakt zu deutschen Mithäftlingen wieder auf. Seine hervorragenden Kenntnisse der deutschen Sprache hatten ihm geholfen, im

KZ Neuengamme überlebenswichtige Verbindungen zu knüpfen. Ab 1962 engagierte er sich beim Aufbau der Amicale Internationale de Neuengamme (AIN), wurde deren Vizepräsident, bis er Ende der 1960er durch staatliche Stellen, die die Kontrolle über derartige Verbände übernahmen, ersetzt wurde. Nachdem er zuerst im November 1965 nach den Spuren des Außenlagers Kaltenkirchen gesucht hatte, gelang es ihm nochmals 1977, Kaltenkirchen zu besuchen. Hier traf er mit Gerhard Hoch zusammen.³

Schon in den 1960er-Jahren hatte Jaskiewicz vom Lagerschreiberbuch Kopien von bescheidener Qualität angefertigt und an den Generalsekretär der Amicale Internationale, Hans Schwarz, übergeben. Das Original aber blieb verschollen. Nachforschungen des Autors im IPN in Warschau waren ebenso vergeblich wie Nachfragen beim Verband der polnischen Häftlinge des KZ Neuengamme oder bei der Familie Jaskiewicz.

Seit kurzem wissen wir, warum diese Bemühungen ohne Ergebnis blieben: Seit den 1980er-Jahren lag das Lagerschreiberbuch in einem

2. Ebenda.

3. Einblick in diese Begegnung gibt der Aufsatz von Thomas Käpernick, Gerhard Hoch und sein Zeuge. Die Pionierstudie „Hauptort der Verbannung“ und Sergiusz Jaskiewicz' Erinnerungen an das KZ Kaltenkirchen. In: Trägerverein KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch (Hg.), Vom HJ-Führer zum NS-Forscher. Gerhard Hoch: Leben und Werk, Rezeption und Wirkung. Das Kaltenkirchener Symposium. Kaltenkirchen und Kiel 2018, S. 84-101 (= ISHZ-Beiheft 9)



Beklemmendes Dokument: Jaskiewicz hat auch Sterbedaten der Häftlinge eingetragen

Archivschrank des „Muzeum Tradycji Niepodległościowych“ in Lodz. Sergiusz Jaskiewicz hatte es mit einem kleinen Konvolut anderer Dokumente, vor allem Fotos des KZ Neuengamme, diesem Stadtmuseum übergeben. Jahrzehnte später räumte ein Mitarbeiter des Museums auf und schickte das Konvolut kurzerhand an die KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Am 27. September 2019 stellten der Archivar der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Dr. Reimer Möller, und der wissenschaftliche Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen, Thomas Käpernick, das Dokument der Öffentlichkeit vor. Das Original des

Lagerschreiberbuches wird im Sammlungsarchiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme verbleiben. Im Zuge der geplanten Neugestaltung der Dauerausstellung der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen soll ein Faksimile hergestellt und dort dann gezeigt werden.

Wer in der Zukunft dieses Faksimile in die Hand nimmt, gewinnt hoffentlich einen Einblick in die Möglichkeiten des Widerstandes, den einzelne KZ-Häftlinge gegen die SS setzten. Für das KZ Kaltenkirchen sind folgende Taten bekannt: Sergiusz Jaskiewicz führte nicht nur unter ständiger Lebensgefahr das Buch mit den Namenslisten, er installierte auch einen Lautsprecher am Ra-

dioapparat der SS und konnte die dadurch abgehörten Nachrichten an andere Häftlinge weiter geben.

Richard Tackx floh mit drei weiteren Häftlingen und konnte sich wochenlang bis zur Befreiung der Verhaftung entziehen. Er war es auch, der Gräber kennzeichnete und die Identifizierung von Toten möglich machte. Mehrere Funktionshäftlinge traten durch Gesten und Worte der Ermutigung hervor.

Dieser Widerstand von Häftlingen muss im Zusammenhang gesehen werden. Angesichts des Terrors der SS war seine Wirkung eng begrenzt. „In der Unterschicht vieler Außenlager zersprengten Hunger und Gewalt die Voraussetzungen des Sozialen.“⁴ Diese Ambivalenz in der Pädagogik und in der Ausstellung zu vermitteln, ist bleibende Aufgabe der Erinnerung an den Nationalsozialismus.

Thomas Käpernick

Vernetzung oder Instrumentalisierung?

Erster Austausch zu einem zentralen Web-Portal zum Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein

Im Oktober 2019 luden der Landesbeauftragte für politische Bildung, der Verein „Gegen Vergessen – für Demokratie“ sowie die Landesarbeitsgemeinschaft der schleswig-holsteinischen Gedenkstätten nach Kiel ins Landeshaus zu einem Vernetzungstreffen „Spuren des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“ ein. Über 20 Aktive aus Initiativen, Gedenkstätten und verschiedenen Geschichtsvereinen (vom AKENS bis zum SHHB) folgten der Einladung, darunter auch die neuen Mitarbeiter/innen der Gedenkstätten in Ahrensböök und Kaltenkirchen-Springhirsch. Angestoßen durch eine Initiative des Vereins

„Gegen Vergessen – für Demokratie“ war es das Ziel, alle diejenigen an einen Tisch zu bringen, die sich – auf welcher Ebene auch immer – mit der NS-Zeit befassen. Interessant waren die Lücken auf dem Treffen, denn es fehlte praktisch der nördliche und nordwestliche Teil unseres Landes (Gedenkstätte Husum-Schwesing, Gedenkstätte Ladelund, andere Aktive aus diesen Regionen) sowie der (süd-)östliche, insbesondere die Region Ostholstein oder auch Stormarn und Lauenburg.

Zu Beginn erläuterte der Landesbeauftragte für politische Bildung, Dr. Christian Meyer-Heidemann, die Ziele des Treffens:

4. Marc Buggeln, Arbeit und Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme. Göttingen 2009, S. 505.

ein Forum für den Austausch der kleineren Initiativen zu bilden; die Sichtbarkeit der Spuren des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein zu verbessern; ein Konzept für ein digitales Portal zu erstellen, den Bedarf und die Wünsche der Initiativen vor Ort und deren Realisierbarkeit zu ermitteln und das in 2020 auf politischer Ebene durchzusetzen.

Im Anschluss berichteten Uwe Jäckel und Günter Neugebauer vom Verein „Gegen Vergessen“ über ihre Intention für das Treffen. Ziel ist es, gegenüber der Landespolitik wirkmächtiger zu werden und durch die Beteiligung möglichst vieler Geschichtsinitiativen, -vereine und Gedenkstätten einen Konsens über bestimmte Forderungen zu erlangen, um diese dann gegenüber den Landtagsfraktionen durchzusetzen. Wünschenswert wäre eine Art gemeinsames Internet-Portal, ähnlich dem, dass mit www.spurensuche-kreis-pinneberg.de schon dort vor Ort besteht.

Harald Schmid von der Bürgerstiftung stellte danach verschiedene Websites vor, in denen Tools, Features und Angebote zu finden sind, die exemplarisch einen Eindruck davon vermitteln können, was alles möglich ist und was unbedingt vermieden werden sollte. Danach erläuterte er mit einem 13-Punkte-Papier, was aus seiner Sicht die Fragen zu den Funktionen des Web-Portals sein

sollten.

1) Entscheidung: Statisches oder dynamische Website

Soll die Website statisch oder dynamisch sein, sprich: Sollen Aktualisierungen möglich sein? Wenn ja, wer leistet die Arbeit und wer übernimmt diese laufenden Kosten? (Das Virtuelle Museum ist das beste Beispiel für die Nachteile einer Website, für deren Pflege keine Mittel zur Verfügung stehen).

2) Entscheidung: Themenfokussierung

Wie weit reicht das Themenspektrum Vermittlung der NS-Zeit? Sollen Vorgeschichte bis heute aktuelle Ereignisse einbezogen werden? Unstrittig dürfte sein, dass die Erinnerungskultur und möglichst viele konkrete Bezüge im Heute einbezogen werden.

3) Darstellung von historisch-topografischen Bezügen

Was soll mithilfe einer interaktiven Kartografie dargestellt werden? Ereignisse, Orte, Personen, Erinnerungsorte, Denkmäler, die Initiativen selbst? (vgl. dazu den Ansatz von Spurensuche Kreis Pinneberg). Ergänzend berichtete später die Geschäftsführerin der Bürgerstiftung, dass auf der Website der Bürgerstiftung eine interaktive Karte von Schleswig-Holstein mit Orten zur NS-Zeit bereitgestellt wird, also die Gedenkstätten und -orte sich dort mit Fotos (und Texten) darstellen können.

4) Gruppenbezug

Welche Zielgruppe adressiert das Portal? Welche schließen wir aus? Welche Schwerpunkte in den Zielgruppen sollen gesetzt werden?

5) Informationsangebote

Welche Bandbreite an Informationen soll zur Verfügung stehen? Texte, Quellen, O-Töne, Literaturübersichten, Kartografien, Fotos?

6) Such- und Recherchefunktionen

Was soll möglich sein?

7) Sprachnavigation

Sollten mindestens Englisch und Dänisch als Fremdsprache angeboten werden?

(In der Diskussion wurden „leichte Sprache“ und „einfache Sprache“ sowie die Barrierefreiheit angesprochen).

8) Open Access

Alle wissenschaftliche Texte sollen den Nutzern zur freien Verfügung stehen, was mit den jeweiligen Verfasser/innen entsprechend kommuniziert werden muss.

9) Dokumentation und Forschung

Was kann das Projekt leisten? Didaktische Hilfen? Forschungsprojekte?

10) Partizipationsangebote

Nutzerinnen sollen selbst aktiv werden können, was wiederum die Frage nach einer Redaktion aufwirft.

11) Diskussionsangebote, Meinungsaustausch

Soll es einen Blog geben, einen moderierten Chat, die Einbin-

dung der aktuellen Social Media?

12) Vernetzung

Das Portal soll die regionale Vernetzung voranbringen und auch in die Nachbarregionen ausstrahlen (Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg). Vernetzung auch mit Schulen und das Liefern von Content auf den Social Media Kanälen.

13) Qualitätssicherung – Nachhaltigkeit – Professionalisierung

Das Portal benötigt mindestens eine Vollzeitstelle, die hauptamtlich ist und dauerhaft finanziert wird. Sobald es sich nur um Projektmittel handelt, wird das Portal nach Ende der Projektzeit (siehe VIMU) nicht mehr die Qualität halten können, die es ursprünglich hatte.

Im Anschluss folgte eine kurze Rückmeldungsrunde mit Statements zu diesem Positionspapier von Harald Schmid. Dabei standen Fragen der Kostenübernahme (Idee: zuerst Konzept, dann Einwerben der Geldmittel), der Integration bestehender Angebote und dem Erhalt der Individualität der bestehenden Initiativen im Vordergrund. Schmid machte deutlich, dass es aus seiner Sicht ein Angebot für die Initiativen sein sollte, kein Angebot der Initiativen, was die Befürchtungen, weitere ehrenamtliche Arbeit leisten zu müssen, zerstreuen sollte.

Schmid formulierte auch das Ziel, die Gleichwertigkeit

der Informationen herstellen zu können, also weiße Flecken von Regionen zu vermeiden, wenn von dort noch keine Texte oder Ähnliches zur Verfügung stehen. Offen blieb auch die Frage, ob es ein Veranstaltungs- bzw. Terminmodul geben sollte oder im Vorwege ein Stimmungsbild bzw. die Bedarfe seitens der Initiativen mittels eines Fragebogens erhoben werden sollten.

Im Anschluss an diese kurze Runde ergab sich das klassische Dilemma: Die einen wollten erst einmal wissen, wer überhaupt alles anwesend war, die anderen in kleinerer Runde intensiver diskutieren. Da praktisch ein Teil der Anwesenden sich noch nicht persönlich kannte und nicht immer die regionalen Aktivitäten kannten, begann ein kurzer Erfahrungsaustausch. Schwerpunkt war dabei der Bezug zur NS-Geschichtsvermittlung und die Bedarfe bzw. Fragen an das angekündigte Projekt.

Das Meinungsspektrum reichte von Anregungen und Wünschen bis hin zu kritischen Statements: u.a. die Befürchtung der ehrenamtlichen Zusatzarbeit; Befürwortung eines Web-Portals mit Datenbank-ähnlichen Angeboten; Forderung nach englischen Übersetzungen, um internationalen Zugang zu ermöglichen; Bereitstellung von Quellen; Wissenstransfer; Verbesserung der Vernetzung der Initiativen durch

die Internetpräsenz; Kartografie der Orte und Ereignisse; Vermittlung an die jüngere Generation, Skepsis von Mitmach-Angeboten vor dem Hintergrund der Erfahrungen zum Pinneberger Portal; Forderung nach Einbeziehung von Schulen.

Die Frage nach der möglichen Mehrbelastung der Ehrenamtlichen durch Zulieferung von Content für ein überregionales Portal wollte ein Teil der Veranstalter unbedingt relativieren. So meinte der für die Landesregierung arbeitende IT-Dienstleister Dataport, dass es dazu nicht kommen würde, weil man technische Lösungen dafür finden könnte. Wer also die eigene Website mit Texten aktualisieren würde, könnte dies auch gleichzeitig für das neue Portal tun.

Abgesehen davon, dass der Berichterstatter dies doch eher bezweifelt, überwog in den Rückmeldungen die Befürwortung der Idee eines gemeinsamen Web-Portals die Diskussionsbeiträge. Das Portal könnte sich gerade für kleinere Initiativen als attraktiv erweisen, wenn diese selbst keine eigene Internetpräsenz haben, und darüber Informationen und Forschungsergebnisse veröffentlichen könnten.

Bezüglich des Geldes wurde aber deutlich: Das Bildungsministerium lehnte sich hier nicht aus dem Fenster, verwies sehr abwehrend auf die Bürgerstiftung

und verschiedene andere Möglichkeiten, an Projektmittel zu kommen. Das letztere immer mit dem Problem einer zeitlichen Befristung zu kämpfen haben, wurde bewusst nicht thematisiert.

Doch so interessant und diskussionswürdig die 13 Punkte von Harald Schmid auch waren, soll an dieser Stelle kritisch angemerkt werden, dass sein Papier nicht im Vorwege den Teilnehmenden zur Verfügung gestellt worden war. Eine inhaltliche und fachliche Vorbereitung für eine gezieltere Diskussion beim Austauschtreffen war also nicht möglich, was sehr bedauerlich ist.

Im Abschluss-Statement von Harald Schmid betonte dieser, dass das Projekt die Hauptarbeit leisten muss und die Bedenken der Initiativen ins Konzept einfließen werden. Er regte zudem ein tatsächliches Vernetzungstreffen aller Geschichtsinitiativen und deren Akteure (ähnlich wie die Landesgedenkstätten-Tagung?) an.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung hob hervor, dass eine Gängelung oder Bevormundung der am Portal beteiligten Initiativen nicht beabsichtigt sei, diese seien selbst verantwortlich für ihre Texte, und dies würde respektiert werden. Er skizzierte abschließend den weiteren Zeitplan: Bis Mai 2020 soll das Konzept überarbeitet und auf einem Nachfolgetreffen vorgestellt und beschlossen werden. Danach sol-

len Mittel dafür im Landtag eingefordert werden.

Unklar blieb, welche tatsächliche Mehrheitsposition die Initiativenvertreter/innen eingenommen haben, da kein abschließendes Stimmungsbild erstellt worden ist. Tatsächlich hatte der Berichterstatter den Eindruck, dass es hier noch deutliche Unterschiede gegeben hat, die allerdings nicht mehr thematisiert wurden. So ist etwa zu bezweifeln, dass das Statement von Benno Stahn („Initiative Blumen für Gudendorf“) zum Antifaschismus und den Schwur von Buchenwald tatsächlich von allen Anwesenden getragen werden würde.

Und dies weist auf einen zentralen offenen Punkt des Web-Portals hin, der aber entscheidend darauf Einfluss haben wird, was dort tatsächlich veröffentlicht werden darf: Wer soll der Rechteinhaber und damit faktisch derjenige sein, der die redaktionelle Oberhoheit über die einzustellenden Inhalte hat? Dazu wurde sich auf der Veranstaltung nicht geäußert, doch ist die Frage zentral für die weitere Zusammenarbeit untereinander.

Seitens des Vorstandes des AKENS stellen sich an das oben skizzierte Projekt eines Web-Portals noch weitere Fragen. Etwa danach, wer die Arbeit leisten soll? Zwar soll es technischen und hauptamtlichen Support geben, faktisch

hängt es aber doch am Engagement der regionalen Ehrenamtlichen, die zusätzlich zu ihren dortigen Aktivitäten Zeit für das neue Web-Portal aufbringen müssten.

Zudem stellt sich die Motivationsfrage: Warum soll jemand vor Ort über die eigenen Sachen hinaus auch noch für Dritte aktiv werden? Denn es stellt sich die Frage nach dem Benefit, dem Gewinn für meine eigene Sache. Wie kann sichergestellt werden, dass die regionalen Akteure nicht instrumentalisiert werden? Wie kann die Marginalisierung der regionalen Angebote vermieden werden (sprich: wenn deren regionalen Websites unattraktiver sind als das neue Portal, könnte sich ein Wertschätzungsproblem einstellen). Und wie kann sichergestellt werden, dass das Portal nicht in Kon-

kurrenz zum neuen „Virtuellen Haus der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte“ gerät?

Ein Web-Portal, das durch seine Anbieterstruktur die möglichst breite Mitbestimmung und Mitentscheidung aller Beteiligten sicherstellt und sich als Dachportal mit Verweis auf alle vorhandenen Angebote in Schleswig-Holstein versteht, könnte eine Chance für die Geschichtslandschaft darstellen. Je nachdem, wie das Web-Portal aufgestellt wird und welche Akteure deren Inhalte bestimmen, wird sich in der Praxis eine konstruktive Mitarbeit einstellen oder diese unterbleiben.

Der Vorstand des AKENS wird die Entwicklung begleiten, sich in die Diskussion einbringen und danach das weitere eigene Vorgehen entscheiden. *Frank Omland*

Authentische Verhörzellen der Gestapo – in Hamburg und Lübeck bedroht

Ein Diskurs über historische Stätten der NS-Herrschaft

Die Initiative Stolpersteine in Lübeck und das Willy-Brandt-Haus Lübeck luden im Rahmen der Reihe „Zeit des Erinnerns“ im Oktober 2019 zur Veranstaltung „...nicht über die Orte hinwegsehen!“ Der Rolle der Gestapozellen in Hamburg und Lübeck und die besondere Bedeutung der authentischen Orte für das heutige Erinnern an die Verbrechen des

NS-Regimes“ ein. Über 70 Anwesende, darunter zahlreiche jüngere Menschen, konnte Dr. Bettina Greiner, die Leiterin des Willy-Brandt-Hauses, begrüßen.

Für die Initiative führte der Lübecker Historiker Dr. Wolfgang Muth, langjähriger Leiter der Geschichtswerkstatt Herrenwyk, ins Thema ein. Er skizzierte kurz die Entwicklung mit dem Umgang der



Foto: Christian Rathmer/AEWS

Eingang des Lübecker Zeughauses, Sitz der Gestapo mit den „Verhörzellen“ im Keller

ehemaligen Gestapozentrale in Lübeck und zeigte zum Vergleich Beispiele aus anderen Städten wie Köln, Düsseldorf, Osnabrück und Münster auf. Besonders die dortige Villa ten Hompel empfahl er als eine gelungene Umsetzung eines zeitgemäßen wirkungsmächtigen Gedenk- und Lernortes.

Im Anschluss folgte ein Vortrag des Hamburger Historikers

Wolfgang Kopitzsch, der von einem vergleichbaren Projekt in Hamburg berichtete. Kopitzsch ist ein ausgesprochener Experte für die Polizeigeschichte in Norddeutschland¹ und ein aktiver Kämpfer für die Umgestaltung des Gedenkortes Stadthaus in Hamburg, der ehemaligen Gestapo-Zentrale. Ähnlich wie in Lübeck gibt es dort doch erhebliche

1. Keine Bilder des Vergessens – Hamburger Polizeibataillon im Zweiten Weltkrieg. Begleitbroschüre zur Ausstellung in der Diele des Hamburger Rathauses. Mit einem Beitrag von Wolfgang Kopitzsch, Landespolizeischule Hamburg, Hamburg 1998. – Wolfgang Kopitzsch, Aus dem Alltag eines Polizeibeamten in der Endphase der Weimarer Republik. Auszüge aus dem Tagebuch des Polizeiwachtmeisters Walter Kopitzsch (3. Bereitschaft der Preußischen Schutzpolizei in Altona-Wandsbek) 1932–1933. In: Dirk Brietzke/Norbert Fischer/Arno Herzog (Hg.), Hamburg und sein norddeutsches Umland. Aspekte des Wandels seit der Frühen Neuzeit. Hamburg 2007, S. 305-321. – Wolfgang Kopitzsch, Polizeieinheiten in Hamburg in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. In: Peter Nitschke (Hg.), Die Deutsche Polizei und ihre Geschichte. Hilden 1996, S. 139-167.



Zugang zu den „Verhörzellen“, in denen viele politische Häftlinge gefoltert wurden

Hemmnisse und Widerstände, die seitens einer Initiative immer wieder kritisiert und in die Öffentlichkeit getragen werden (vgl. www.foerderkreis-stadthaus.de)

Der Historiker Wolfgang Kopitzsch stammt aus einer alten Polizistenfamilie und hat selbst lange für die Polizei gearbeitet. Sein Vater war preußischer Polizeibeamter, tat Dienst als Bereitschaftspolizist am so genannten „Altonaer Blutsonntag“ in der politisch aufgepeitschten Atmosphäre des Jahres 1932.

Kopitzsch junior studierte Geschichte, unterrichtete von 1979

bis 2009 an der Hamburger Polizeischule, zuletzt als Leiter der Landespolizeischule. Von 2009 bis 2012 war er Bezirksamtsleiter in Hamburg-Nord und bis zum Erreichen der Altersgrenze 2014 Polizeipräsident der Freien und Hansestadt Hamburg. Seine Recherchen zur NS-Geschichte der Polizei in Norddeutschland waren in verschiedenen Ausstellungen zu sehen. In Lübeck wurde 2002 seine Ausstellung zur Geschichte des Polizeibataillons 307 und zum Einsatz dieser Lübecker Einheit während des Zweiten Weltkrieges gezeigt. Seit Jahren kämpft er für



Foto: Christian Rathmer/Arens

einen würdigen Gedenkort im ehemaligen Gestapohauptquartier von Hamburg.²

Im so genannten Stadthaus am Neuen Wall / Stadthausbrücke waren von 1933 bis 1943 das Hamburger Polizeipräsidium sowie die Staatspolizei- und Kriminalpolizeileitstellen untergebracht. In dieser Zentrale des Terrors und der Gewalt organisierte die Polizei die Verfolgung von politischen Gegnerinnen und Gegnern, Homosexuellen, Jüdinnen und Juden, Sintize und Sinti, Romnja und Roma, Zeugen Jehovas sowie weiteren Gruppen.

Seit 2018 erinnert eine von den derzeitigen Eigentümern der heutigen Stadthöfe eingerichteter

Geschichtsort an diese Geschichte des Stadthauses. Und dieser Gedenk- und Lernort ist nun Stein des Anstoßes.

Kopitzsch berichtete zunächst, wie lange es in Deutschland überhaupt gedauert hatte, bevor Orte des Terrors ins Bewusstsein der Gesellschaft gedrungen und letztlich auch zu einer didaktischen Nutzung umgewidmet worden waren. Von den frühen Ansätzen im EL-DE-Haus in Köln über die NS-Dokumentationsstätten in München und Düsseldorf, die Topographie des Terrors in Berlin bis zu jüngsten Erinnerungsorten in Regensburg.

Dann ging er näher auf seine Forschungen zum Lübecker Po-



lizeibataillon 307 ein, das an der Lohmühle stationiert war, und dessen grausames Wirken in den im Zweiten Weltkrieg von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten in Osteuropa.³

Schließlich zeigte er die Entwicklung um die Bemühungen zur Einrichtung eines Gedenk- und Lernortes im Hamburger Stadthaus auf. Anfang der 2000er-Jahre, als eine Koalition aus CDU und der rechtspopulistischen Schill-Partei schon einmal bedeutende Stimmanteile in der Hamburger Bürgerschaft hatten, wurden zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung in großem Stil städtische Im-

mobilien veräußert. Damals wurde auch der Gebäudekomplex des ehemaligen Stadthauses verkauft. Der Projektentwickler Quantum übernahm den Umbau des Komplexes zu einem modernen Büro- und Geschäftshaus in bester Lage.

Allen Beteiligten war klar, dass die neue Nutzung in einem spannungsgeladenen Verhältnis zur ehemaligen Nutzung des Gebäudes stand. Nach dem Beispiel des „Hotel Silbers“ in der badenwürttembergischen Landeshauptstadt sollte auch in der ehemaligen Hamburger Gestapozentrale eine angemessene Gedenkstätte eingerichtet werden.

Um der Geschichte des Gebäudes Rechnung zu tragen, wurde zugesagt, eine 750 qm große Fläche für eine Ausstellung zu Widerstand und Verfolgung zu reservieren. Diese vorgesehene Fläche wurde während der Umsetzungsphase Stück für Stück reduziert, bis eine 50 qm große Fläche in einer Buchhandlung übrig blieb. Auch der Name der Hotels im Gebäudekomplex – „Tortue“, Schildkröte, das an „Torture“, Folter erinnert – zeigt wenig Sensibilität. Massive Kritik von vielen Seiten prallte bei der Verwaltung und der Bürgerschaft ab. Und um es mit dem Worten des langjährigen Leiters der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, Johannes Tuchel, zu sagen: „Man sollte es vermeiden, in einem „Schickimicki-Laden“ eine kleine Gedenkecke in einem Buchladen einzurichten.“

Kopitzsch ging im Folgenden tiefer auf die Rolle der Polizei im NS-Staat ein. Die Gestapo war integraler Bestandteil der Polizei. Das Polizeipräsidium in Hamburg war ebenso wie das in Bremen und Lübeck Sitz der Ordnungs- und Kriminalpolizei, aber auch des SD, der SS und der Gestapo. Er wies darauf hin, dass gerade die Kriminalpolizei in gleicher Weise wie die Gestapo beispielsweise Schutzhaftbefehle ausgestellt hat. „Die Polizei im NS-Staat war eine verbrecherische Organisation“, so Kopitzsch wörtlich. Die gesamte

Polizeibehörde war ein Terror- und Unterdrückungsapparat.

In den Räumen des ehemaligen Stadthauses wurden brutalste Vernehmungen, Folterungen und Tötungen durchgeführt. Am Haupteingang des Gebäudes findet sich heute kein Hinweis auf seine ursprüngliche Funktion. Und auf der kleinen, versteckten Ausstellungsfläche findet sich kein ausreichender Platz, die ganz Komplexität des staatlichen Unterdrückungs- und Verfolgungsapparates, die die Polizei darstellte, aufzuzeigen.

Die Vorläufer der Geheimen Staatspolizei war die Politische oder Staatspolizei. Nach der Gleichschaltung und der Einsetzung eines Reichskommissars, was in den Hansestädten erst am 6. März 1933 geschah, wurde diese Abteilung umfangreich ausgebaut. Entlassungen gab es nur relativ wenige. Während des Krieges waren in Hamburg die rund 350 Beamten für den gesamten Wehrkreis X – Schleswig-Holstein mit Lübeck, Nordniedersachsen und Bremen – zuständig. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit war die Überwachung der zehntausenden von ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern.

Die in den norddeutschen Städten Kiel, Neumünster, Lübeck, Hamburg, Bremen und Oldenburg aufgestellten Polizeibataillone waren an zahlreichen Massenmorden in Osteuropa

beteiligt. Alle diese Bereiche bedürfen einer gebührenden Darstellung. Und an eine Vermittlung dieser Inhalte wurde bisher überhaupt nicht gedacht.

Kopitzsch hielt ein flammendes Plädoyer für Gedenkort zur Gestapo. Er resümierte, zu Hamburg, Kiel und Schleswig-Holstein gibt es mittlerweile zahlreiche Studien zur Geschichte der Polizei, in Lübeck entsteht gerade eine entsprechende Untersuchung. Dafür brauchen wir Orte, an denen die Erkenntnisse gezeigt werden können und an denen man ein Gefühl für die Auswirkungen von Gewalt entwickeln kann.

Gedenk- und Lernorte sind für unsere Gesellschaft von großer Bedeutung. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Städte sind interessiert und in vielerlei Hinsicht an unserer Gedenkkultur beteiligt. Dieses muss man jetzt nutzbar machen und solche Projekte unbedingt und zügig befördern. Und man muss verhindern, dass die letzten Spuren beseitigt werden.

Zur Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurde der Referent nach seiner Einschätzung über die Entwicklung rechter Tendenzen in der Gesellschaft und speziell innerhalb der Polizei gefragt. Seinen Einblicken nach bestehe da leider durchaus eine ernstzunehmende

Gefahr. Kopitzsch kritisierte ferner die fehlende Haltung der Eigentümergemeinschaft des Gebäudekomplexes, des Deutschen Ärzteversorgungswerkes in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen, das sich bisher in keiner Weise mit der Geschichte des Hauses auseinandergesetzt hat. Kritik an der Neugestaltung des Gebäudes mit historisierenden Gittern, die an ein Gefängnis erinnern, fand kein Gehör.

Es wurde auch die Frage gestellt, warum überhaupt erst so spät eine Diskussion über den Umgang mit dieser Baulast begonnen wurde. Offensichtlich war es zuvor nie der Wunsch von Politik und Verwaltung, hier tätig zu werden. Diese Frage wurde dann auch auf den Standort Lübeck übertragen.

Das Zeughaus war bis in die 1970er-Jahre das Lübecker Polizeipräsidium. Seit 1985 befindet sich an der Nordseite des Zeughauses eine Gedenktafel, die an die Verfolgung und Ermordung Lübecker Bürger durch die Gestapo erinnert. Unmittelbar neben dem Eingang zum Dom befinden sich die Luftschächte zu den Gestapozellen. Hier befindet sich ein authentischer Täter-Ort, vielleicht der letzte, der für die historisch-politische Bildung genutzt werden könnte.

Abschließend wurde die Notwendigkeit des Erhalts solcher Orte für das Erinnern themati-

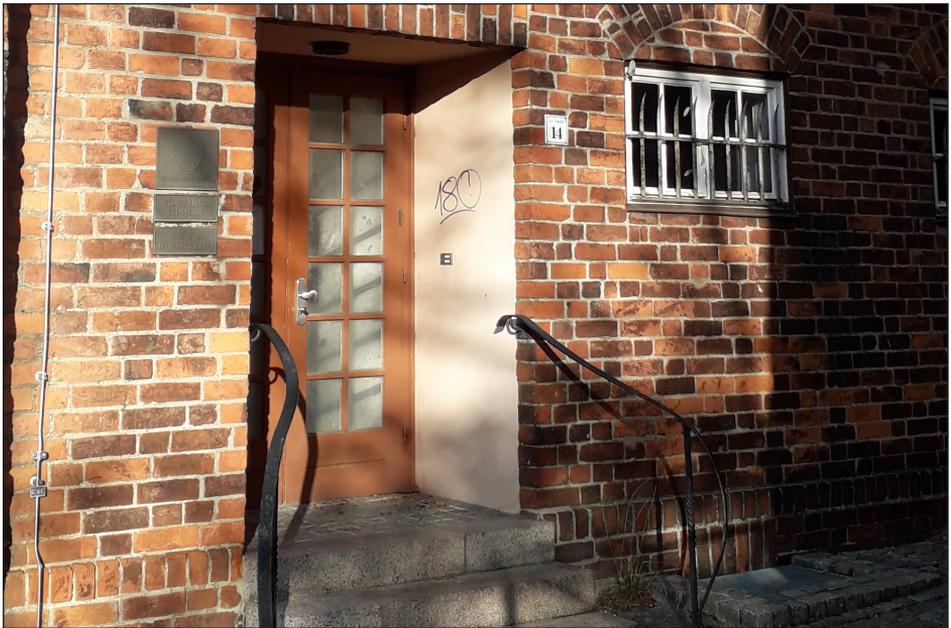


Foto: Christian Rathmer / A&S

Hintereingang des Zeughauses, im Boden rechts der Luftschtach einer Verhörzelle

sirt. Der authentische Ort der Gewalt ist als solcher nicht nur ungemein wichtig, sondern für das Gedenken, das Erinnern und die Vermittlung schlicht unverzichtbar.

Resümee

Kopitzsch erzählte lebhaft und unterhaltsam, aber auch sehr sprunghaft; das Format einer Podiumsdiskussion wäre sicher eine geeignetere Form für diesen Abend gewesen. Die Zuhörer erfuhren letztlich wenig über die Entwicklung zur Entstehung des Gedenkortes Stadthaus, und vor allem leider recht wenig über dessen Rolle für das heutige Erinnern.

Die Erfahrungen aus Hamburg sind für Lübeck nichts desto weniger wertvoll, und sie unterstreichen die Bedeutung, den authentischen Tatort Zeughaus unbedingt zu erhalten und zu einem ordentlichen Gedenk- und Lernort auszubauen. Diese einmalige Chance dürfe man auf keinen Fall verspielen.

Die Initiatoren des Gedenkortes Gestapozellen in Lübeck haben mittlerweile mit dem Bürgermeister, der Verwaltung und den in der Bürgerschaft vertretenen Parteien eingehend gesprochen und für ihre Idee geworben. Im Kulturausschuss wurde ein Beschluss gefasst, die Zellen dauerhaft zu erhalten und zugänglich

zu machen, und die Kulturverwaltung hat das Archiv beauftragt, die Bedeutung des Ortes zu dokumentieren. Man kann jetzt nur hoffen, dass bei den Bemühungen

am Schluss mehr als nur eine kleine Gedenktafel an einer Außenmauer herauspringt.

*Christian Rathmer,
Initiative Stolpersteine für Lübeck*

Von der Schwierigkeit, den Überblick zu behalten Publikationen und Veranstaltungen zum 100. Jubiläum der Novemberrevolution 1918

2018 fanden in Norddeutschland an vielen Orten Ausstellungen und politische sowie kulturelle Veranstaltungen zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution 1918 statt. Wir nehmen dies zum Anlass, alle Publikationen bzw. wichtige Veranstaltungen in einem Überblick zu präsentieren, von denen wir erfahren haben, und am Ende dieses Berichts in einer Literaturübersicht zusammenzutragen.

Im Mittelpunkt des Gedenkjahres nördlich der Elbe¹ standen Hamburg und Kiel, wo jeweils mit öffentlichen Vorlesungsreihen bzw. wissenschaftlichen Tagungen und Ausstellungen in den dortigen Museen (bis hin zu einer schleswig-holsteinischen Wanderausstellung) das Thema umfassend präsentiert, vielfach diskutiert oder einfach konsumiert werden konnte. Hinzu kamen eine schwer überschaubare Anzahl von regionalen Publikationen und Aufsätzen, die angesichts der

Erscheinungsrhythmen diverser Jahrbücher auch jetzt noch nicht alle vorliegen.

Den ersten Aufschlag hat der Berichtersteller in Hamburg wahrgenommen, wo eine wissenschaftliche Tagung schon im Juni 2017, also weit vor Beginn der eigentlichen Ausstellung zur Novemberrevolution, das Thema von verschiedenen Seiten beleuchtete [Gedenkjahr-Auswahl Nr. 1, s.u., im Folgenden als Nummern angegeben]. Die meisten der damaligen Vorträge flossen ergänzt um weitere Materialien und Themen in den Begleitkatalog zur Hamburger Ausstellung „Revolution! Revolution?“ ein [4]. Die Stärken dieses Vorgehens zeigen sich in der Auswahl der Aufsätze, die von zentralen Überblicken (u.a. Gallus zu Umbrüchen und Transformation) über Einblicke in norddeutsche Regionen (zu Kiel, Bremen, Wilhelmshaven, Lübeck) bis hin zu diversen Hamburger Schwer-

1. Die Veranstaltungen und Publikationen in Niedersachsen und Bremen oder auch Mecklenburg-Vorpommern finden hier keine Berücksichtigung. In den Online-Katalogen der einschlägigen Universitäten finden sich hierzu viele Hinweise.

punkten (Kultur, Universität, Frauen, Eliten, Gewalt) reichen und durch Recherchen zur Ausstellung sinnvoll ergänzt wurden (u.a. Überblicke zur Struktur des stellv. Generalkommandos oder auch zu den wichtigsten Militärstandorten). Die größte Schwäche bleibt hingegen, dass die Darstellung der ersten freien Wahlen lediglich als ein Unterpunkt beim Thema Frauen (Stichwort: Frauenwahlrecht) und im Abschnitt „Bilder der Revolution“ durch eine Vielzahl von Wahlplakaten präsentiert wird. Ein eigenständiger Beitrag wäre hier von Nöten gewesen, konnte leider aber erst später berücksichtigt werden.²

Ein zusätzlicher Band mit biografischen Porträts [5], zwei didaktische Broschüren zu Hamburg bzw. Altona [6, 7] sowie eine Graphic Novel [8], sprich einen Comic (!) seitens der Landeszentrale für politische Bildung, die die Ereignisse für Schüler/innen aufbereiteten, ein Theaterstück [9] sowie eine weitere (!) Vorlesungsreihe zur Revolution [3, 2] belegen, wie intensiv man sich in Hamburg mit der Novemberrevolution befasst hat. Hinzu kamen eine Vielzahl von Veranstaltungen

der Stadtteil-Geschichtswerkstätten [10] – zuallererst ist hier die Geschichtswerkstatt St. Georg mit einem 24 Veranstaltungen (!) umfassenden Programm zu nennen [11] – sowie einzelner größerer und kleinerer Gedenk- und Ausstellungsprojekte, bspw. im sehr bürgerlichen Stadtteil Blankenese unter dem leicht sperrigen Titel „Blankenese 1918. Verstörung. Revolution. Nachwirkung“, die ebenfalls in eine Publikation eingeflossen ist [12], oder eine inhaltliche Ergänzung zur Novemberrevolution in der Dauerausstellung zur ehemaligen Viktoria-Kaserne in Altona seitens des AKENS e.V.³

In Schleswig-Holstein stand mit Kiel der Hauptort des Matrosenaufstandes im Mittelpunkt. Ähnlich wie in Hamburg mit einem universitären Begleitprogramm [15], einer Ausstellung im Schifffahrtsmuseum sowie der oben genannten Wanderausstellung, die an verschiedene Orten gezeigt wurde. Schon im Vorwege hatte die Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte die neue zentrale Veröffentlichung von Martin Rackwitz zur Novemberrevolution [16a], verschiedene Aufsätze in ihren Mitteilungen [16b] sowie

2. Die Veröffentlichung von Frank Omland zu den ersten Wahlen in Hamburg erschien erst 2019 [14], doch zumindest konnte dessen Vortrag noch in die zweite Reihe der Universität integriert werden: „Wahlen und Wählerwanderungen in Hamburg zu Beginn der Weimarer Republik. Eine (statistische) Analyse der ersten drei demokratischen Urnengänge 1919 und 1920“ [3].

3. Die neun Tafeln befinden sich an der Bodenstedtstraße 16, am Hintereingang des Geländes des Blocks III der ehemaligen Viktoria-Kaserne. Autor: Frank Omland.

den 53-minütigen Film „In Kiel ist Revolution!“ von Kay Gerdes und Klaus Kuhl ermöglicht [17]. Interessanterweise schneidet der Ausstellungskatalog für Kiel im Vergleich zu Hamburg nicht schlechter ab, sowohl was die Themenvielfalt als auch manche einzelne Bearbeitung angeht. In acht Hauptkapiteln werden insgesamt 30 Themen behandelt: vom Weg in die Revolution über die konkreten Ereignissen in Kiel, die Ausweitung im norddeutschen Raum, den politischen Hintergründen und Auswirkungen, der männlichen Gewalt, den demokratischen Wahlen, Kunst und Kultur sowie der Rezeptionsgeschichte, einschließlich des Wandels in der Bewertung durch die Kieler Stadtpolitik [18, 19]. Gleichzeitig konnte die Ausstellung sowohl von der museumspädagogischen Betreuung als auch von der Präsentation mit der auch mit einigen Stärken und Schwächen daher kommenden Hamburger Ausstellung nicht mithalten. Dementsprechend verwundert die Kritik von Astrid Schwabe und Martin Fröhlich in der *Demokratischen Geschichte* 29 [22] an der Eventisierung und unproblematischen Selbstbestätigung gegenwärtiger Akteure nicht: „Dabei scheint mir das historische

Lernen, die Ausbildung eines reflektierten individuellen und kollektiven Geschichtsbewusstseins ins Hintertreffen geraten zu sein. [...] Das zentrale Ziel einer didaktisch ambitionierten Geschichtsvermittlung, nämlich Geschichte als Denkprozess darzustellen, scheint mir im Reigen der Kieler Angebote zur Geschichte von Matrosenaufstand und Revolution im Jahr 2018 nur selten angestrebt wurden zu sein.“⁴ Es ist zu vermuten, dass Schwabe und Fröhlich diese Kritik auch an vielen Ereignissen außerhalb Kiels so oder ähnlich äußern würde, denn die im Aufsatz genannten Probleme tauchten nicht nur in Kiel bzw. Schleswig-Holstein auf.

Die einzige weitere Monografie zu einem Ort in Schleswig-Holstein hat es meines Wissens für Flensburg gegeben; hier hat die Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte einen Band herausgegeben. Harald Hohnsbein schloss dabei indirekt an seine frühere Publikation über den Beginn des Ersten Weltkriegs an: „1918. Kriegswahrnehmung und Revolution in Flensburg“ [20].

Im Vor- und Nachwege zum Gedenkjahr zur Novemberrevolution waren die Herausgeber der *Demokratischen Geschichte* schon mit der Ausgabe 27 und

4. Astrid Schwabe mit Martin Fröhlich. Erinnerungen an 1918 in Kiel. Schlaglichter auf die regionale Geschichtskultur im Gedenkjahr 2018. In: *Demokratische Geschichte* 29 (Malente 2018), S. 171-197. Hinweis: Die DG erscheint immer erst im Mai des darauffolgenden Jahres, sprich der Band wurde 2019 publiziert.

dem dort gewählten Titelbild aktiv. Sie machten damit auf einen Schwerpunkt im Folgeband 28 aufmerksam und nahmen in einer Art Vorwort zur Einordnung des Titelbildes ihre Sichtweise auf das Ereignis vorweg.

Da die DG immer im April/Mai nach dem angegebenen Erscheinungsdatum des Bandes publiziert wird, wurde die DG 28 (2017) also praktisch mit dem Beginn der Ausstellung in Kiel auf den Markt gebracht [21]. Mit dem 100-seitigen, quellengesättigten Beitrag von Uwe Danker und Robert Bohn „Vom Matrosenaufstand in Kiel zur Deutschen Revolution“ ergänzten diese inhaltlich die dann folgenden Publikationen. Es folgte ein umfangreicher Aufsatz zu Preetz (Gehrke) und dann in der DG 29 (2018) zu Segeberg (Braas) sowie die oben schon zitierte Kritik von Schwabe [22].

Auch in der *Zeitschrift für Schleswig-Holsteinische Geschichte* wurde mit „Sechs Tage im November. Eine Rekonstruktion des Kieler Matrosenaufstandes und seiner Verbreitung in Schleswig-Holstein“ (Lübcke) ein hauptsächlich auf Quellen des Militärarchivs in Freiburg gestützter Aufsatz veröffentlicht [23], der zusammen mit dem Buch von Martin Rackwitz und dem Aufsatz von Bohn/Danker in der DG den jeweils neuesten Forschungsstand darstellen dürfte. Leider hat

es aber die Redaktion der ZSHG an einem guten Lektorat fehlen lassen. Da Lübcke lediglich die Aktennummer im Militärarchiv nennt, fällt die Einordnung der genannten Quellen, insbesondere von Zeitzeugenaussagen des beteiligten Militärs, häufig sehr schwer und ist zum Teil faktisch unmöglich, da Lübcke selten beschreibt, in welchem (zeitlichen) Kontext das Zitierte niedergeschrieben wurde, so dass sich nachträgliche Bewertungen, Selbststilisierungen und zeitgenössische Berichte schwer voneinander unterscheiden lassen. Und das Finden der Quelle in den zum Teil sehr umfangreichen Akten dürfte auch erschwert sein, wenn Adressaten und Autoren der Quelle nicht wenigstens in Kurzform genannt werden.

Ein Sammelband der Ausätze zu sechs norddeutschen Städten umfasst (Kiel, Lübeck, Bremen, Hamburg, Rostock und Lüneburg), ist im Rahmen der Reihe „Historische Demokratieforschung“ erschienen [29]. Herausgeber Detlef Lehnert führt dabei in einer Einleitung zur Begründung der Städteauswahl unter anderen die relative räumliche Nähe zu Kiel an und verweist ansonsten auf einen Nachfolgeband, der Preußen in den Blick nehmen soll. Wie bei Lehnert zu erwarten, konzentriert sich dessen Aufsatz zu Lübeck auf die Analyse der Zeitungsquellen, was ebenfalls in der Einleitung begründet wird. Und

wie immer bei Sammelbänden ist es bedauerlich, dass die Autoren vor der Publikation natürlich nichts von den Inhalten der anderen Autoren (alles Männer!) wissen konnten, so dass praktisch nur wenig bis gar nicht auf deren Schlussfolgerungen oder Hypothesen Bezug genommen werden konnte.

Zu guter Letzt publizierten die regionalen Jahrbücher in den Kreisgebieten eine Reihe von Aufsätzen, die sich auf unterschiedlichem Niveau mit den lokalen Ereignissen auseinandersetzen: Eher unbekannt dürfte den meisten sein, dass mit Wilhelm Dittmann (USPD) ein Mitglied des Rats der Volksbeauftragten Eutiner Wurzeln hat. Jörg Wollenberg hat dies zum Anlass genommen, die Biografie Dittmanns auf die regionalen Bezüge hin zu untersuchen [24]. Von ihm stammt auch ein Aufsatz zur Novemberrevolution in Elmshorn [25]. Wie immer ist im Kreis Herzogtum Lauenburg Hansjörg Zimmermann sehr umtriebig und hat sich der Geschichte Ratzeburgs in der Revolution angenommen [26], während es ihm Matthias Schartl – wie immer

profund – für Schleswig gleichtut [27]. Ergänzend soll hier noch auf den Aufsatz von Julian Freche zu Lübeck verwiesen werden, der im Hamburger Ausstellungskatalog erschienen ist [28].

Es ist zu vermuten, dass im Laufe der nächsten Zeit auch noch in anderen Jahrbüchern der jeweiligen Heimatvereine Aufsätze erscheinen, die sich mit bestimmten Orten und den dortigen Bezügen zur Novemberrevolution befassen. Zudem geht der Berichtersteller davon aus, dass er einige Aufsätze und Publikationen, geschweige denn kleinere Ausstellungen und Veranstaltungen schlichtweg nicht wahrgenommen hat. Über entsprechende Rückmeldungen würde er sich deshalb freuen.

Es wäre lohnenswert, die genannten Veröffentlichungen und die Forschungsstände nach den großen Ausstellungen zusammenfassend zu bewerten. Es bleibt eine Vermutung, dass sich dadurch das eine oder andere Bild zu den Auswirkungen der Revolution im ländlichen und städtischen Raum Schleswig-Holsteins verändern könnte.

Frank Omland

Gedenkjahr 2019 zur Novemberrevolution in Hamburg, Kiel und Schleswig-Holstein

[1] Revolution 1918/19 in Hamburg. Ereignisse, Vergleiche und Bewertungen. Symposium am 29./30.6.2017 im Museum für Hamburgische Geschichte.

[2] Andocken 16. Revolution! Revolution? Die Novemberrevolution 1918/19 in Hamburg und in Norddeutschland. Öffentliche Vorlesungsreihe des Forschungsverbundes zur Kulturgeschichte Hamburgs (FKGHH) in Kooperation mit der Stiftung Historische Museen Hamburg als Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19“ im Museum für Hamburgische Geschichte 25.4.2018 bis 25.2.2019.

[3] Andocken 17. Revolution! Revolution? Die Novemberrevolution 1918/19 in Hamburg und in Norddeutschland. Teil 2. 17.10.2018 – 20.2.2019. Öffentliche Vorlesungsreihe des Forschungsverbundes zur Kulturgeschichte Hamburgs (FKGHH) in Kooperation mit der Stiftung Historische Museen.

Einige der Vorträge aus den beiden Reihen sind online abrufbar:

Andocken 16 unter <https://lecture2go.uni-hamburg.de/lzgo/-/get/l/5012>

Andocken 17 unter <https://lecture2go.uni-hamburg.de/lzgo/-/get/l/5069>

[4] Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19. Hg. von Hans-Jörg Czech, Olaf Matthes und Ortwin Pelc unter Mitwirkung des Vereins für Hamburgische Geschichte. Kiel/Hamburg 2018. 351 S.

[5] Menschen in der Revolution. Hamburger Portraits 1918/19. Hg. von Olaf Matthes und Ortwin Pelc. Husum 2018. 211 S.

[6] Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.), Revolution 1918/19 in Hamburg. Material für die politische Bildung und die Demokratiebildung. Hamburg 2018. Text: Frauke Steinhäuser, Hamburg 2018. 34 S. und 11 S. Aufgabenheft.

[7] Altona und die Revolution 1918/19. Aufbruch in die kommunale Demokratie. Materialien für die politische Bildung und die Demokratisierung. Text: Holmer Stahncke. Hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, der Bezirksversammlung Altona und der Kulturstiftung Altona e.V. Hamburg 2018. 51 S. und 12 S. Aufgabenheft.

[8] Isabel Kreitz / Robert Brack, Rote Fahne Schwarzer Markt. Eine Graphic Novel über die Revolution 1918/1919 in Hamburg. Hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg. Hamburg 2018. 57 S.

[9] Axensprung Theater. Revolution! Ein Schauspiel zu den politischen Umbrüchen in Deutschland 1918/19.

[10] Willy-Bredel-Gesellschaft. Geschichtswerkstatt e.V., Rundbrief 2018, 29. Jahrgang. Hamburg 2018. Hamburg unter roter Fahne.

[11] Der Traum von einer Sache. Eine Veranstaltungsreihe der Geschichtswerkstatt St. Georg e. V. zur Novemberrevolution 1918 und ihren Folgen. Hamburg 2018/2019. www.gw-stgeorg.de

[12] Blankenese 1918. Verstörung. Revolution. Nachwirkung. Hamburg 2018. 156 S.

[13] Heiner Karuscheit / Bernhard Sauer / Klaus Wernecke, Vom „Kriegssozialismus“ zur Novemberrevolution. SPD und „Junkerstaat“ / „Spartakusaufstand“. Gewalt von oben, Gewalt von unten. Hamburg 2018. 148 S.

[14] Frank Omland, Wahlen und Wählerwanderungen in Hamburg zu Beginn der Weimarer Republik. Eine statistische Analyse der ersten drei demokratischen Urnengänge 1919/20. In: Zeitschrift für Hamburgische Geschichte (ZHG), 105 (2019), S. 55-88.

Schleswig-Holstein

[15] Vortragsreihe „Die Große Furcht. Revolution in Kiel, Revolutionsangst in der Geschichte.“ Historisches Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Abteilung Regionalgeschichte. Stadtarchiv Kiel, Stadt- und Schifffahrtsmuseum Kiel. Wintersemester 2018/19.

[16a] Martin Rackwitz, Kiel 1918. Revolution – Aufbruch zu Demokratie und Republik. Kiel/Hamburg 2018. 303 S.

[16b] Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Band 89, Heft 4, Kiel 2018. Darin:

Dieter Hartwig, Meuterei 1917 sowie Gehorsamsverweigerungen und Revolution 1918 im Urteil der Marine von 1918 bis 2018 (S. 161-176).

Jürgen Jensen, Die Bundesmarine und die Kieler Veranstaltungen von 1978 zur Novemberrevolution 1918 (S. 177-181).

Christian Lübcke, Schüsse an Bord von SMS König. Ein Beitrag zur Rekonstruktion der Ereignisse in Kiel am 5. November 1918 (S. 183-191).

- Reprint: Die Wahlen zur Nationalversammlung. Ein Wahlaufwurf der Sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holstein (S. 193-208).
- [17] In Kiel ist Revolution! Ein Film von Kay Gerdes und Klaus Kuhl. Hg. von der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte. Kiel 2018, 53 Minuten. (= Kieler Zeitgeschichte im Film. Historische Filmdokumente, 9).
- [18] Sonja Kinzler / Doris Tillmann (Hg.), 1918. Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution. Darmstadt 2018. 304 S.
- [19] Texte zur Ausstellung „Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution“. Begleitheft zur Ausstellung. 141 S. [DIN A6 Heft in verschiedenen Sprachen, das jeweils an den einzelnen Stationen zu Rate gezogen werden sollte, weil dort diese kurzen Texte nicht (!) platziert worden waren].
- [20] Harald Hohnsbein, „1918. Kriegswahrnehmung und Revolution in Flensburg“. Flensburg 2018. 218 S.
- [21] Demokratische Geschichte 28 (2017), darin:
Robert Bohn / Uwe Danker, Vom Matrosenaufstand in Kiel zur Deutschen Revolution. Quellen, Perspektiven und Handlungsspielräume (S. 11-106).
Rainer Gehrke, Der Preetzer Arbeiterrat 1918/19. Revolutionäre Politik zwischen Sozialdemokratie und Kommune (S. 107-164).
- [22] Demokratische Geschichte 29 (2018), darin:
Gerhard Braas, Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg 1918/19. Krisenbewältigung anstatt Umsturz in der Schleswig-Holsteinischen Provinz (S. 25-62).
Astrid Schwabe mit Martin Fröhlich, Erinnerungen an 1918 in Kiel. Schlaglichter auf die regionale Geschichtskultur im Gedenkjahr 2018 (S. 171-197).
- [23] Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 143/144 (2018/19). Darin:
Christian Lübcke, „Sechs Tage im November. Eine Rekonstruktion des Kieler Matrosenaufstandes und seiner Verbreitung in Schleswig-Holstein“ (S. 171-215).
Jahrbücher für Heimatgeschichte (Auswahl)
- [24] Beiträge zur Eutiner Geschichte, Band 1, 2018. Fortsetzung des Jahrbuchs für Heimatkunde Eutin. Eutin 2018. Darin: Jörg Wollenberg, „Die geschichtliche Betrachtung der November-Ereignisse von 1918 muss eine grundlegende Änderung erfahren“ (Wilhelm Dittmann 1926), S. 193-218. [USPD-Politiker im Rat der Volksbeauftragten und in Eutin geboren]
- [25] Heimatkundliches Jahrbuch für den Kreis Pinneberg 2019. Beiträge zur Regionalgeschichte. Hg. vom Heimatverband für den Kreis Pinneberg von 1961 e.V. Darin: Jörg Wollenberg, November 1918 – Revolution in Elmshorn (S. 129-137).
- [26] Lauenburgische Heimat. Zeitschrift des Heimatbund und Geschichtsvereins Herzogtum Lauenburg. Heft 206 (Neue Folge), Ratzeburg November 2018. Darin: Hansjörg Zimmermann, Vor 100 Jahren. Rote Fahnen auf Ratzeburger Rathaus (S. 84-97).
- [27] Beiträge zur Schleswig Stadtgeschichte, Band 63 (2018). Hg. im Auftrag der Gesellschaft für Schleswiger Stadtgeschichte von Klaus Nielsky und Matthias Schartl. Darin: Matthias Schartl, Es wäre wohl mehr möglich gewesen. Schleswig und die Revolution 1918/19. S. 75-118.
- [28] Julian Freche, Die Novemberrevolution in Lübeck. In: Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19. Hg. von Hans-Jörg Czech / Olaf Matthes / Ortwin Pelc. Hamburg 2018, S. 70-79.
- [29] Detlef Lehnert (Hg.), Revolution 1918/19 in Norddeutschland. Berlin 2018. 383 S. [= Historische Demokratieforschung. Schriften der Hugo-Preuß-Stiftung und der Paul-Löbe-Stiftung, Band 13].
- [30] Hamburg 1918.1919 Aufbruch in die Demokratie. Hg. von der Behörde für Schule und Berufsbildung. Text: Sönke Knopp. Hamburg 2018. 30 S. Abrufbar unter: www.hamburg.de/contentblob/11748312/2c9f1679502eebffa75b404b74d7e789/data/hamburg-1918-1919hamburg-1918-1919.pdf